Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 17 (1937-1938)
Heft: 9

Rubrik: Politische Rundschau

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 12.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

matrechtlern, die auch in Zeiten der „Prospérité" unentwegt auf die Notwendigkeit einer Sonderstellung Elsaß-Lothringens hingewiesen hatten. Eine solche erscheint heute umso zwingender, als das Grenzland Gefahr läuft, wirtschaftlich auszubluten. Diese partikularistische Entwicklung wurde mittelbar auch von der anderen Seite her durch den Kirchenkampf im Reich besonders im katholischen und orthodox-protestantischen Bevölkerungsteil gefördert, der sich innerlich von der überrheinischen Politik auf diesem Gebiete distanzierte. Die Erneuerungsbewegungen haben diese Evolution zum Partikularismus jedenfalls nicht aufheben können. Infolge ihres zwangsläufigen und durch die Unzulänglichkeit ihrer Führer bedingten Versagens wird höchstens die politische Krise noch verschärft, die in einem Lande, wo sich im steten Wechsel der Geschichte fast alle Dinge als relativ erwiesen haben, auch fast 20 Jahre nach der Wiederangliederung an Frankreich noch verhältnismäßig leicht zu einer nationalen Krise werden kann.

Daß kleine Rezepte hier eine wirkliche Wandlung nicht bringen können, sondern ein schleichendes Übel nur verschlimmern, sollte in Paris allgemach klar geworden sein. Auch hier würde helfen und zwar doppelt helfen, was ganz Frankreich nottut: eine ordentliche Staatsführung im Innern, eine endlich mit den europäischen Tatsachen rechnende Außenpolitik mit dem Eckstein einer Annäherung an Deutschland, wozu allerdings eine tolerante und vernünftige Behandlung der deutschsprachigen Minderheit im Elsaß und in Deutschlothringen gehören würde, denn auch diese stellt eine europäische Gegebenheit dar.

Politische Rundschau

Schweizerische Umschau.

Von der schweizerischen Geschichtsforschung. / Nachdenkliches zu einem angestrebten Kommunistenverbot. / Statistik eines bedrohten Volkes.

Als die „Allgemeine Geschichtsforschende Gesellschaft der Schweiz" diesen Herbst in Schaffhausen versammelt war, teilte ihr Präsident Professor Nabholz mit, daß die vorausgegangene umfangreiche Mitgliederwerbung nur einen Zugang von einem schwachen halben Hundert geschichtlich Interessierter bewirkt habe. Die Gesellschaft sei indessen Willens, weitere Volkskreise für ihre Sache zu gewinnen und ihnen auch etwas zu bieten. Daß die „Geschichtsforschende" aber weit davon entfernt ist, das geschichtliche Denken volkstümlich zu machen, zeigt nicht nur ein Blick auf ihren Mitgliederbestand, sondern ebensosehr die Betrachtung der von ihr unternommenen Arbeiten. Die Mitglieder setzen sich überwiegend aus Gelehrten zusammen, die zwar eine hohe wissenschaftliche Tradition pflegen, aber oft den Weg zum praktisch Dringenden, Brauchbaren und Faßbaren nicht finden. So ist es auch nicht verwunderlich, wenn die von der Gesellschaft geförderten wissenschaftlichen Arbeiten sich häufig auf belanglose geschichtliche Gegenstände beziehen. Es sei an dieser Stelle nur beispielsweise hingewiesen auf die

in den „Quellen zur Schweizergeschichte" erschienenen Bände „Bullingers Briefwechsel mit den Graubündnern", die mit peinlicher Genauigkeit das belangloseste Brieflein wiedergeben, während Bullingers Hauptwerk, die „Confessio Helvetica posterior" ein Jahrhundert lang nicht mehr in einer handlichen, dem praktischen Gebrauch dienlichen Ausgabe ediert worden ist. Und ich muß auch jenem „Helveticus" im „Volksrecht" zustimmen, der den mangelnden Sinn für das praktisch Bedeutsame darin erkennt, daß der Gesellschaftsrat in der gegenwärtigen Krisenzeit keinen andern Weg der Einsparung gefunden hat, als die jährliche „Bibliographie der Schweizergeschichte", das Verzeichnis der in der Schweiz erschienenen geschichtlichen Arbeiten, vorläufig zu suspendieren. Je spärlicher die Finanzquellen fließen, umsomehr sollte man darauf bedacht sein, damit die dringendsten und nützlichsten Aufgaben zu erfüllen. Unter diesem Gesichtspunkte dürfte z. B. gegenwärtig auch nicht der „Briefwechsel des Peter Ochs" im Vordergrund stehen, sondern es wäre wohl weit verdienstlicher, ein Quellenwerk über die Geschichte des Sozialismus und Kommunismus in der Schweiz herauszugeben oder vielleicht auch die Familienforschung energischer an die Hand zu nehmen. Es entwürdigt die Wissenschaft durchaus nicht, wenn sie sich den praktischen Bedürfnissen des Lebens zur Verfügung stellt.

Beim Betrachten der schweizerischen Geschichtsforschung nimmt man indessen sehr bald wahr, daß der Schwerpunkt nicht bei der genannten „Allgemeinen geschichtsforschenden Gesellschaft der Schweiz", sondern bei den kantonalen und regionalen historischen Vereinen liegt, denen die „Geschichtsforschende" als umfassendere Organisation wohl bei-, aber nicht übergeordnet ist. Von diesen Vereinen wird in den einzelnen Landesgegenden die Hauptarbeit geleistet durch Anregung und Herausgabe von geschichtlichen Werken, durch Vorträge und Forschungen, wie es ja übrigens dem Aufbau unseres Landes entspricht. Die kantonalen und regionalen Vereine sind es auch, die in schönster Weise jene Volkstümlichkeit verkörpern, die wir bei der „Geschichtsforschenden" vermissen. Das ist vielleicht auch der Grund, weswegen sich die „Geschichtsforschende" nicht so recht entwickeln kann. Aber ihre gewissermaßen von den historischen Zentren etwas entfernte Lage sollte sie doch nicht hindern, diejenigen Aufgaben zu erfüllen, die in ihrer Tragweite und Gegenständlichkeit über den Bereich der regionalen und kantonalen Vereine hinaus gehen. Solcher Aufgaben gibt es viele. Man braucht nicht nur an das Politisch-Historische zu denken, das die „Geschichtsforschende" ja bereits intensiv pflegt, sondern könnte auch die Kunstgeschichte, die Urgeschichte, die Familiengeschichte, die Heraldik und die Numismatik in ihren Aufgabenkreis einbeziehen. Eine gewisse Zusammenfassung und Übernahme neuer Aufgaben wäre nicht nur möglich, sondern auch höchst wünschbar. Sie hätte außerdem eine erfreuliche Belebung und Vereinfachung des geschichtlichen Lebens zur Folge. Es steht ja wohl nirgends geschrieben, daß auf dem schweizerischen Gesamtgebiete für jede Sonderdisziplin eigene — mehr oder weniger kümmerliche — Vereinigungen bestehen müssen.

* * *

Das Schicksal der bisher angestrebten Staatsschutzgesetze auf dem Gebiete des Bundes wie auch des Kantons Zürich läßt keinen Zweifel darüber obwalten, daß unser Volk jeder Beschränkung seiner politischen Freiheit und der staatlichen Überwachung des politischen Lebens im Innersten abgeneigt ist. Darum sind auch alle Bemühungen, den Staat durch eine politische Polizei zu schützen und mit Strafandrohungen zu verteidigen, fehlgeschlagen. Der neueste Versuch, die kommunistische Partei im Kanton Zürich zu verbieten, stößt auf eine nicht minder heftige, grundsätzliche Opposition, und auch heute nehmen wieder die Linksparteien den Kampf auf. Es heißt da, die Kommunisten seien nur klein an Zahl (12 000 bis 15 000 Stimmberechtigte), und ihr Einfluß sei höchst unbedeutend. Dem-

gegenüber fühlt sich die bürgerliche Presse bemüßigt, zur Stützung des neuangestrebten Kommunistenverbotes mit allen Mitteln auf die Gefährlichkeit und Schädlichkeit dieser politischen Gruppe hinzuweisen. Ich kann da weitgehend mit ihr einig gehen, so wenn z. B. in der Begründung zur Verbotsinitiative gesagt wird: „Der Kommunismus steht in einem bewußten Gegensatze zu allen geistigen, sittlichen, religiösen und rechtlichen Begriffen unserer Staats- und Gesellschaftsordnung und zu der für die Schweiz in jahrhundertealter Tradition verwurzelten demokratischen Verfassung. Die kommunistische Partei der Schweiz ist eine Sektion der weitverzweigten und festgefügten Kommunistischen Internationale. Der revolutionäre Sturz unserer Staatsverfassung ist Aufgabe, Ziel und Zweck ihrer Organisationen und ihrer Betätigung", und wenn die „Neue Zürcher Zeitung" unter dem Titel „Der Bolschewismus — nur ein Gespenst?" feststellt: „Der kommunistischen Internationale ist für ihre Tätigkeit, die ganze Welt zu revolutionieren und unter die Knute Moskaus zu beugen, kein Land zu klein, keines zu entlegen. Sie entsendet überall hin ihre Agenten, stellt ihnen die Aufgabe, sich in Bewegungen, die den bolschewistischen Zielen etwa dienstbar gemacht werden könnten, einzuschleichen."

Aber das Ausschlaggebende für unsere Beurteilung der Kommunisten kann doch wohl nach schweizerischen Begriffen keinesfalls ihre andersartige Gesinnung, sondern einzig und allein ihr Verhältnis zu einer fremden Macht sein. Müßten wir die Kommunisten deswegen verwerfen, weil sie fremdes Gedankengut pflegen, so müßten wir bei andern Parteien, von denen die eine geistig nach dem revolutionären Frankreich, die andere nach Rom und die dritte nach unserem nördlichen Nachbarn orientiert ist, ebenfalls zum Schlag ansetzen. Aber davon kann ja keine Rede sein. Etwas anderes ist es mit der behaupteten Staatsgefährlichkeit, der kommunistischen Tendenz, unsere gegenwärtige demokratische Staatsordnung durch eine gewaltsame Umwälzung über den Haufen zu werfen. Gewiß ist Vieles davon bloß Theorie und Gerede. Gar manchmal haben indessen die Kommunisten auch gezeigt, daß sie mit ihrem Programm ernst zu machen gewillt sind. Man lese nur einmal im Sonderheft der „Schweizerischen Rundschau" über den „Bolschewismus" (Februarheft 1937) nach, was dort Dr. Armin Egli über ihr Treiben in der Schweiz zusammenfassend mitteilt! (Demgegenüber nimmt sich allerdings das, was die „Neue Zürcher Zeitung" unter dem Titel „Der Bolschewismus — nur ein Gespenst?" anführt, etwas blaß aus.) Aber auch alles zusammen genommen — ich gebe zu, daß sich die Belastung der Kommunisten infolge ihrer neuesten Werbeaktionen für Volksfrontspanien vermehrt hat —, wäre es wohl übertrieben zu behaupten, daß unser Staat gerade heute durch die Kommunisten besonders gefährdet sei, und ich möchte mit der „Thurgauer Zeitung" sagen: „Man mag von der Verbotsbewegung halten, was man will, so wird man nicht sagen können, sie sei begründet durch eine drohende Gefahr." Da war dann das Auftreten der Kommunisten in den Jahren 1929—33 viel gefährlicher! Können wir also auch hier gegenwärtig keinen Grund feststellen zu einem Verbot, so fragt es sich schließlich noch: Gibt der Umstand, daß die kommunistische Partei im Dienste Moskaus steht, einen Grund dafür ab? Soweit die politischen Beziehungen natürlich nur in Gesinnungsverwandtschaft, Meinungsaustausch und gemeinsamer Beratung über das politische Vorgehen bestehen, wird man auch hier wie in andern Fällen nichts aussetzen können. Dagegen geht es meines Erachtens zu weit, wenn sich die Partei direkt als Organ einer fremden Macht darstellt, wie es hier der Fall ist, und darum rechtfertigt sich auch ein Verbot. Aber, und nun unterscheide ich mich von den Befürwortern eines absoluten Verbotes: ein solches Verbot ist nur begründet, soweit es sich gegen die Abhängigkeit von einer fremden Macht richtet, denn das ist politisch das eigentliche Delikt der Kommunisten, daß sie auf die Weisungen von Moskau folgen. Eine eindeutig schweizerische kommunistische Partei und die kommunistische Gesinnung kann und darf man ebenso

wenig und aus denselben Gründen nicht verbieten, aus denen der Bundesrat im Jahre 1852 den gewiß nicht zahmen „Grütliverein" gegen das bernische Verbot schützte. Im Unterschied zu den Bauern und Freisinnigen scheint mir also der „Landesring der Unabhängigen" mit seiner Konkurrenzinitiative den springenden Punkt besser herausgefunden zu haben, indem er einzig die Abhängigkeit vom Ausland unter Strafe stellen will.

* * *

Die eingereichte Verbotsinitiative trägt unausgesprochen die Absicht in sich, mit der Beseitigung der Kommunisten auch dem fortschreitenden Volksfrontgedanken Einhalt zu gebieten. Ich schließe das aus den Hinweisen auf die zu beobachtende Durchdringung von weiteren Volksgruppen mit kommunistischem Gedankengut. Nach alter demokratischer Lehre liegt es auf der Hand, daß gegen eine solche legale Durchdringung, wie sie nunmehr der neuen Taktik der Kommunistischen Partei entspricht, nicht mit einem Verbote der Partei angekämpft werden kann. Indessen ist es nicht unmöglich, daß sich allmählich eine neue Staatsauffassung Bahn bricht, bei der sich im Sinne stärkerer Konzentration auf nationale und religiöse Gedanken ein solches Verbot rechtfertigen läßt.

* * *

Man soll nie meinen, daß man mit äußeren Maßnahmen das Wohl des Volkes erzwingen könne. Von dieser Meinung scheint aber die Gegenwart erfüllt zu sein, die sich in der großzügigen und luxuriösen Aufrichtung von Schulhäusern nicht genug tun kann und damit glaubt, alles getan zu haben, was die Zukunft des Volkes erfordert. Aber kaum hofft man die Mängel der Lehrmethode und der Schulhäuser behoben zu haben, so steht schon wieder eine andere Not vor der Tür: der Mangel an Kindern, der Mangel an Schülern. Dieser Mangel wiegt viel schwerer als die Mängel an Methoden und Gebäuden, denn da steht die Substanz der Schule und des Volkes in Frage. Bereits spüren wir etwas von der Verwirklichung jener Voraussage des Direktors des eidgenössischen Statistischen Amtes, welcher vor nicht allzu langer Zeit schrieb: „In zwanzig Jahren werden wir hunderttausend Schulkinder weniger haben als heute. Die Schulhäuser werden leer, die Altersasyle überfüllt, Schulstuben verwandeln sich in Pfrundstuben." Auch in den letzten Jahren haben nämlich die Geburtenzahlen erheblich abgenommen, desgleichen die Zahl der Eheschließungen, und da die Sterbefälle ungefähr konstant bleiben, wird der Geburtenüberschuß unseres Landes immer kleiner. Mit 15,6 Geburten auf 1000 Einwohner steht die Schweiz heute in der Statistik bereits an letzter Stelle!

Die Lage beginnt also bedrohlich zu werden nicht nur für Kraft und Bestand des Volkes im Allgemeinen, sondern auch für die Landesverteidigung im Besonderen, und der Staat hat alles Interesse daran, die alten Voraussetzngen größeren Kinderreichtums wieder herzustellen. Ich denke da vor allem an die Schaffung und den Schutz wirtschaftlicher Existenzen. Wenn die „Neue Basler Zeitung" hier auf die schädliche Wirkung der Rationalisierungsbestrebungen hinweist, die unzählige Arbeitskräfte freigemacht oder männliche Arbeitskräfte durch billige weibliche ersetzt hat, so ist damit gewiß ein wichtiger Grund angetönt. Der heutige 63 Millionenumsatz der Migros, welcher früher 1200 Detaillistenfamilien, also etwa 5000 Menschen, eine Existenz geboten hätte, wird derzeit von 900 meist ledigen Arbeitskräften bewältigt. Aber das ist nur ein einzelnes Beispiel für den Mangel an Existenzmöglichkeit, welcher überall in Erscheinung tritt und natürlich auch die Heiratsfreudigkeit mindert. Ein weiterer Grund besteht in der Hochschraubung der Ansprüche durch unsere öffentlichen und privaten Kulturmaßnahmen (Lebenshaltung, Bauten, Schulen, Fürsorge). Je mehr nämlich die Heiratsfähigen erwarten vom künftigen Eheleben, desto weniger vermag

eine Ehe unter gegebenen ökonomischen Verhältnissen ihre Ansprüche zu befriedigen. Wenn z. B. ein Beamter mit 7000 Franken Einkommen bedauert, nicht heiraten zu können aus Mangel an Subsistenzmitteln, so bedeutet das ganz einfach, daß seine oder seiner Braut Ansprüche an das Eheleben übersetzt sind. Da erscheint die Rückkehr zu größerer Bescheidenheit wirklich als ein Postulat. Der Geburtenrückgang erscheint aber auch als eine Folge der ungenügenden Berücksichtigung, welche die kinderreichen Familien in unserem Lande genießen. In einer Zeit, da sozusagen alle Verhältnisse von Staat und Wirtschaft auf die Kleinfamilie eingestellt sind, ist es ein Warnzeichen, daß sich Ende Oktober zu Olten 150 Väter und Mütter kinderreicher Familien zusammengefunden haben und nun ihren „Bund kinderreicher Familien" zum „Ausgangspunkt einer großen und starken Bewegung zum Schutze der kinderreichen Familie" („Vaterland") machen wollen. Wer dächte da nicht sogleich an die dringende Einführung des Familienlohnes! Unser Volk ist aber noch von einer andern Seite her bedroht, nämlich durch die Mischehen mit Ausländern, welche in stark steigendem Maße unserem Volkskörper zu den zahlreich getätigten Einbürgerungen hinzu noch weitere fremde Elemente einverleiben. So haben im letzten Jahre 1936 von 28 137 heiratenden Schweizerbürgern nicht weniger als 3292 Ausländerinnen heimgeführt, wie wenn es nicht genügend ehefreudige und ehetüchtige Mitbürgerinnen im eigenen Lande gäbe! Ohne Zweifel darf man diese Verhältnisse als einen offenen Skandal bezeichnen. Aber wir müssen vielleicht doch auch etwas in uns gehen und uns fragen, ob wir nicht am Ende selbst daran schuld sind, indem wir gerade die Ausbildung der Töchter zu weit treiben, sodaß ein Mann, der etwas auf eine praktische Hausfrau hält, sich eher durch eine schlichte, arbeitsame Ausländerin angezogen fühlt.

Bülach, am 26. November 1937.

Walter Hildebrandt.

Zur politischen Lage.

In einem Augenblick, wo die weltpolitische Lage im Gefolge der bestehenden Spannungen sich zu einem fast unlösbar scheinenden Knoten verdichtet hatte — in einem Augenblick also, wo kaum jemand mehr den Mut aufbringen wollte, den Weg zu einer wenn auch nur provisorischen Lösung zu zeigen, ist durch eine britische Initiative zweifellos neues Terrain freigemacht worden, von dem aus eine weitere Entwicklung, in ihren Umrissen zwar undeutlich, grundsätzlich aber immerhin erkennbar wird. Wir haben bereits in unserer letzten Rundschau, im Zusammenhang mit früheren Ausführungen, der Ansicht Ausdruck gegeben, daß England heute wohl nicht in der Lage und deshalb auch nicht gewillt ist, eine Entscheidung, bei der es auf Biegen oder Brechen ginge, zuzulassen, geschweige denn von sich aus herbeizuführen. Die britische Staatsführung ist sich im Grunde natürlich über die deutschen Ansprüche im Klaren, sowohl was das Kolonialproblem, als, vor allem, was das weit überwiegende Problem Mitteleuropas betrifft, und es hätte, darüber wird man sich klar sein müssen, wohl nicht der Entsendung eines britischen Sondergesandten bedurft, um diese Klarheit herbeizuführen. Die Deutung also, als ob der reisende englische Lord gewissermaßen mit der politischen Wünschelrute nach Berchtesgaden geschickt worden wäre, um die tiefer liegenden Gründe und Strömungen der deutschen Zukunftspolitik festzustellen, und darnach das Maß der englischen direkten und indirekten Konzessionen zu bemessen, scheint uns nicht gerade richtig. Die entscheidende Bedeutung der Reise liegt vielmehr, soweit die materiellen deutschen Ansprüche in Frage kommen, in einer Abklärung der Prioritäten, d. h. in der Feststellung, was nun zurzeit für Deutschland das Wichtigste, das Dringlichste sei, und wieweit andere Ansprüche gegebenenfalls im Wege des Kompromisses abgegolten werden könnten. Es lag also

der Reise eine auch im Materiellen taktische Zielrichtung zu Grunde, und davon ausgehend wird man zur Feststellung kommen, daß überhaupt der ganze Zweck der Reise im Wesentlichen taktischen Erwägungen entspricht: denn es handelte sich für England einfach darum, in einem Augenblick möglicher Explosionen durch eine geschickte Abtastung des Terrains das zu erreichen, worauf es England heute allein ankommt: Zeitgewinn. Denn England kämpft heute, wenn man so sagen darf, mit dem Rücken an der Wand. Die britische Staatsführung ist sich zweifellos klar darüber, daß eine endgültige Bereinigung der politischen Spannungen, wenn man die weltpolitischen Kolonialprobleme und die schwerwiegenden mitteleuropäischen Probleme zusammennimmt, eine Angelegenheit ist, die sich, wenn überhaupt, nur mit äußerster Schwierigkeit und mit beträchtlichen Konzessionen von allen Seiten bewerkstelligen lassen wird. Für eine solche endgültige Liquidierung scheint heute aber die Zeit aus einem doppelten Grunde nicht reif — denn es ist klar, daß eine solche Regelung, wenn sie wirklich Dauer haben soll, nur in Zeiten völlig ausgeglichener Machtpositionen vor sich gehen kann. England aber ist heute noch im Aufbau seiner gegenüber den anderen Mächten durchaus im Rückstand befindlichen Rüstung. Zum anderen aber hat man durchaus den Eindruck, daß Frankreich vorläufig entschieden aus dem Spiel gelassen worden ist, und man sich in London darauf beschränkt hat, den Verbündeten nur in formeller Beziehung über den Besuch zu orientieren. Nun sind aber alle diese schwerwiegenden Probleme, und unter ihnen vor allem die mitteleuropäische Lage, ohne eine aktive Mitwirkung Frankreichs infolge dessen östlicher Bindungen nicht zu lösen.

Es ergibt sich also aus diesem doppelten Grunde, daß die englische Mission im besten Falle den Sinn einer Abtastung des Geländes haben konnte, vor allem aber dazu bestimmt war, in einem Augenblick, wo sich die Spannungen zu einem unlösbaren Knoten verdichtet hatten, eine vorübergehende Milderung herbeizuführen. Bemerkenswert ist dabei, daß trotz verschiedener Störungsversuche von beiden Seiten aus die Zusammenkunft doch zustande gekommen ist, im Gegensatz z. B. zu dem seinerzeit im Juli beabsichtigten Besuch des deutschen Außenministers in London. Man mag daraus ersehen, daß England die Lage im Allgemeinen als äußerst schwerwiegend erkannt hat und daß auch Deutschland keine Veranlassung haben konnte, den Besuch durch alle möglichen Manöver, die offenbar zum Teil aus eigenen Parteikreisen herstammten, verhindern zu lassen. In dieser Beziehung ist es allein als Fortschritt zu werten, daß der Besuch überhaupt zu Stande kam und daß der Lord sich in diesem Falle nicht entschuldigen ließ.

Was bei dem Besuch effektiv herausgekommen ist und wie sich die weitere Entwicklung gestaltet, weiß man zur Zeit, wo diese Zeilen geschrieben werden, noch nicht. Anscheinend ist auch die Meldung von einer Einladung des deutschen Außenministers zu einem offiziellen Besuch nach London und von deren mehr oder weniger verklausulierter Annahme durchaus verfrüht. Sofern England als Folge des Besuches seines Abgesandten wirklich Möglichkeiten einer Lösung der schwierigen Probleme erkannt haben sollte, und seinerseits bereit sein sollte, die erforderlichen Konzessionen auch selbst zu machen — eine durchaus offene Frage —, wäre nun als nächste Etappe eine Verständigung mit Frankreich über das Maß gewisser Konzessionen vorzusehen. Bei der Stimmung, die in Paris herrscht, wo man bekanntlich von einer wirklichen Opferbereitschaft auf lange Sicht weit entfernt ist, dürfte ein Erfolg einer kommenden englisch-französischen Fühlungnahme schwer abzusehen sein. Jedenfalls ist zurzeit keineswegs damit zu rechnen, daß Frankreich eine Lockerung seiner östlichen Bündnisse auch nur in Erwägung ziehen dürfte, mit Einschluß des Bündnisses mit der Sowjetunion. Solange aber in diesem Punkt, mit besonderer Berücksichtigung der tschechoslowakischen Frage, nichts geschieht, dürfte es schwer halten, aus dem toten Geleise herauszukommen. Man kann also darauf gespannt sein, welchen Weg kommende Verhandlungen zwischen England und Frankreich nehmen werden.

So wenig also zurzeit über eventuelle Ergebnisse des englischen Besuches in Deutschland zu erfahren ist, um so interessanter sind gewisse begleitende Momente, die sich mit dem englischen Besuch zeitlich getroffen haben. So wird sich im Laufe des kommenden Monats der französische Außenminister zu einer bedeutsamen Reise in den Osten begeben, unter deren Zielpunkt vor allem Prag interessant sein dürfte. Man wird natürlich im Reiche des Herrn Benesch das Menschenmögliche tun, um eine eventuelle französische Konzessionsbereitschaft mit direkter oder indirekter Wirkung in den tschechoslowakischen Raum im Keime zu ersticken — ein Bestreben, das voraussichtlich nicht nur in Bezug auf die allgemeine außenpolitische Einstellung Frankreichs, sondern mehr noch in Berücksichtigung der innerpolitischen Konstellation, wie sie zur Zeit in Paris besteht, Erfolg haben dürfte. Es erscheint, im Augenblick wenigstens, wenig denkbar, daß die radikale Führung der französischen Politik, mit Einschluß ihres Außenministers, in dieser Beziehung einen Vorstoß wagen dürfte, selbst wenn sie es noch wollte. Die radikale Koalition mit den übrigen beiden Parteien der Volksfront ist zurzeit im Bereiche der Finanzpolitik bereits erheblichen Belastungen ausgesetzt und Chautemps muß froh sein, wenn er die beiden linken Komponenten seiner Koalition inbezug auf die Finanzpolitik Bonnet's bei der Stange halten kann. Jedenfalls wird ihm dies nur dann gelingen, wenn er den Zusammenhalt der Volksfront vom außenpolitischen Boden aus nicht auch noch weiteren Belastungen aussetzt, wie sie eine Änderung der französischen Ostpolitik bedeuten müßten. Tritt aber eine solche nicht ein, so ist bestimmt von einem durch den englischen Besuch in Deutschland gegebenenfalls eingeleiteten europäischen Gespräch nichts zu erhoffen. Wie die Lage aber heute ist, so wird ein solches Gespräch auf die Dauer von England aus nur in Gemeinschaft und in Übereinstimmung mit Frankreich geführt werden können. Gewisse Vermutungen in der Richtung einer deutsch-englischen Verständigung ohne Zustimmung Frankreichs im Sinne einer Desinteressierung Englands von den mitteleuropäischen Fragen sind in das Reich der Fabel zu verweisen. Denn England braucht heute Frankreich keineswegs weniger, als Frankreich England braucht, und dies vor allem wegen der Probleme des Mittelmeers. Hier aber setzt nun, gegenüber den deutsch-englischen Verhandlungen, die Rolle Italiens ein.

Zweifellos war in dieser Beziehung in den Tagen des englischen Besuches in Deutschland eine weitere interessante Begleiterscheinung zu bemerken. Im Augenblick, als der englische Lord in Berlin den Zug bestieg, um sich nach Berchtesgaden zu begeben, erschien in der großen römischen Zeitung „Tribuna" ein Artikel des Pariser Korrespondenten, der plötzlich einer Verständigung und Zusammenarbeit Italiens mit Frankreich mit auffallender Deutlichkeit das Wort redete. Bemerkenswert war dabei nicht nur die Tatsache dieses Artikels als solche, sondern vor allem der Umstand, daß man von hoher italienischer Stelle aus nichts dagegen unternahm, daß der Artikel in vollem Maße seine Wirkung tun konnte, und daß man die Zeitung erst nachträglich beschlagnahmte und den Korrespondenten erst dann abberief, nachdem man dafür gesorgt hatte, daß seine Ausführungen nach jeder Richtung ihre Wirkung hatten tun können. Man wird auch diese Begleiterscheinung zum englischen Besuch in Deutschland keineswegs überschätzen — und doch ist sie symptomatisch. Sie zeigt jedenfalls, daß im Augenblick die Handlungsfreiheit weder auf der deutschen, noch auf der englischen Seite unbeschränkt ist und die Wirkungen sowohl der nordsüdlichen Achse wie auch des Westbundes zeigen sich nun von der Seite einer gewissen Unbedingtheit. Koalitonen dieses Charakters haben eben naturgemäß eine gewisse Starrheit in sich, und, wie sehr sie auch einerseits den beiden Genossen gegenseitig eine bemerkenswerte Rückendeckung vom Standpunkt der Sicherheit aus zu verschaffen vermögen, so stark ist auf der anderen Seite ihre Bindung in Momenten, wo einer der Genossen auf den Gedanken kommt, eine selbständige Politik zu unternehmen. Das Koalitionsunwesen, das bereits vor dem Kriege seine unheilvolle Rolle gespielt hat und das man in dem Irrglauben

an den Völkerbund in der Nachkriegszeit für überwunden hielt, zeigt sich nun von seiner bedenklichen Seite: das dadurch bedingte Zusammenspannen der Interessen zweier Partner, deren Ansprüche und Lebensnotwendigkeiten eben durchaus nicht zusammenzupassen brauchen, ist unter Umständen geeignet, eine allgemeine Verständigung überhaupt zu verhindern und es unmöglich zu machen, daß die Welt sich eines Tages aus der hoffnungslosen Sackgasse, in die sie sich verfügt hat, wieder herausfindet.

24. November 1937. Jann v. Sprecher.

Kultur- und Zeitfragen

Unserm Dichterbauern Alfred Huggenberger zum 70. Geburtstage.

Dichter vor allem und Bauer zugleich ist er und wehrt sich mit Recht gegen Umkehrung und Verkennung seiner beiden „Berufe". Denn Dichter ist und ward er dank innerer Berufung. Bauer war und blieb er von Geburt und Abstammung in Treue zur Scholle. Beides aus und in Liebe. Seine Selbstentdeckung schildert er köstlich und klar in dem Berichte „25 Lehrjahre". Das muß man gelesen haben, um ihn recht zu verstehen und sein Werden aus eigener Kraft zu werten, wie er es verdient. Wohl sind ihm im Laufe des letzten Vierteljahrhunderts eine ganze Reihe von Würdigungen und Huldigungen gewidmet worden durch „Sachverständige", das ist schier soviel wie: Berufsliteraten. Ich erinnere an die „Monographien" über ihn von Dr. P. Suter und Hch. Moser in der „Schw. Lehrerzeitung" und im „Lesezirkel" 1913, an die „Studie" von K. Hch. Maurer 1917, von Rud. Hägni 1927, von Hans Kägi im Anhang zum Huggenbergerbuch und Bauernbrevier: „Vom Segen der Scholle" 1929. In diesem „Spiegel seiner Werke" zeichnet sich wirklich das Porträt der Dichterpersönlichkeit eines „ächten" Bauern charakterhaft ab. Die sogenannten „Bauerndichter" als Entdecker und Darsteller des Bauernlebens in der Poesie, Berthold Auerbach, Jeremias Gotthelf, Anzengruber und Rosegger — waren ja selber nicht Bauern. Am ehesten und nächsten stand mit ihrem Stande der Letztgenannte, beruflich als Schneider auf der Stör sie beobachtend, in äußerer Verwandtschaft und in geschäftlichem Verkehre. Sie alle sind sehr zu unterscheiden von unserm „Dichterbauern". Nicht nur weil landschaftlich der Bauernstand seine Eigenart wechselt. Selbst innerhalb der kleinen Schweiz. Was Jeremias Gotthelf im Bernbiet vor bald einem Jahrhundert an und als Bauern schilderte, das mag dort im Wesen noch stimmen. Jedoch nehme man bloß wieder einmal einen seiner vielen Bände zur Hand und lese darüberhin dann etwas von Huggenberger. „Wie anders wirkt dies Zeichen auf mich ein!" — wird sofort jeder ausrufen, den mit Faust nach dem ächten „Erdgeist" hungerte. Jener meint diesen durch Mundartbrocken glaublicher und anschaulicher getroffen und gemacht zu haben. Just das war aber eine künstliche Mache und Methode. Huggenberger errang sich weil oder trotzdem er „von der Schulbildung keinen Gebrauch machen konnte", wie das unwissend aber ahndevoll wahr berichtende Schulmädchen schrieb in seinem naseweis-klugen Aufsatze, einen kunstgerechten und ganzpersönlichen Stil, um als leibhaftiger Bauer sein und seiner Standesgenossen inneres und äußeres Erleben in der gemeinverständlichen deutschen Schriftsprache allem Volke, das dieser kundig ist, rein und schön als Dichter von Gottesgnaden zu offenbaren. Diesem bot der Bauer den Stoff, den er ins Kunstwerk verwandelte und einwob. Darum: Dichter vor allem ist er uns geworden, Bauer gottlob für